

LINKS DER ACHSE



Europa

Mir geht ein Satz nicht aus dem Kopf, ein Satz unseres Spitzenkandidaten Martin Schulz: „Europa ist eine faszinierende Idee, die faszinierende Idee von Frieden, Stabilität und sozialer Gerechtigkeit“. In der Tat, die Europäische Union, das sagt schon das Wort Union, will ja zu einer Vereinigung der verschiedenen Länder in Europa führen, will ja Menschen aus Ländern mit unterschiedlicher Sprache, aber mit einer gemeinsamen Geschichte und mit gemeinsamen Grundwerten vereinen. Sie will Länder, die in der Vergangenheit einander oft bekriegt haben, friedlich zusammenführen. Und sie will die gemeinsamen Stärken hervorheben und dabei doch die Eigenheit der einzelnen Länder und Regionen erhalten, eher stärken. Denn nur aus dieser Stärke lässt sich Kraft für die gemeinsamen Ziele gewinnen: für Frieden, für Stabilität – das heißt Sicherheit – und für soziale Gerechtigkeit. Das ist in der Tat eine faszinierende Idee.

Wussten Sie schon:

80% der deutschen Gesetze haben europäischen Ursprung.

Diese umzusetzen, heißt, sich für die gemeinsamen Ziele einzusetzen und gleichzeitig die regionalen Interessen vertreten, heißt - in unserem Fall - sich für die Interessen Bayerns einzusetzen. Unser Ökomodell Achental zeigt, wie der Einsatz für gemeinsame Ziele zur Stärkung der Region führen kann. Viel Geld ist aus europäischen Töpfen geflossen und hat die ra-

In dieser Ausgabe

Wo der Wind her geht.....	2
Wolfgang Kreissl-Dörfler	3
Europa in Grassau?	4
Achental und Europa.....	5
Kommunale Daseinsvorsorge	6
Global denken –	7
Martin Schulz.....	8
Starke Kommunen	9
Gurkenkrümmung	10
Change: Yes we can	11
Fahrt in den Landtag.....	12
Wissen. Macht. Reich.	13
Konjunkturpaket II.....	13
Jugend zur Wahl.....	14
Wahlmodus.....	14
Auf alle Fälle wählen.....	15
Rätsel	16
Einladung.....	16

sche und umfassende Entwicklung des regionalen Modells erst möglich gemacht.

Aber keine Angst, um sich für die Interessen Bayerns in Europa einzusetzen, müssen Sie nicht CSU wählen – wie man uns auf vielen Plakaten weis machen will. Wirklich nicht. Bayern, Leute die sich für Bayerns eigenste Interessen in Europa ein-

setzen, finden sie in den 11 bayerischen Kandidaten der SPD und ihren Ersatzkandidaten. Kandidaten, die die gemeinsamen Ziele im Auge haben und sich für die Interessen Ihrer Heimat, für die Interessen Bayerns einsetzen. Die dieses Ziel konsequent verfolgen und nicht einen Kurs „raus aus dem Gen-Mais und rein in die Gen-Kartoffel“ fahren.

Man hat ja schon einmal - vor rund einem Jahr - versucht, uns, Sie, die Wähler in anständige und unanständige Bayern aufzuteilen. Sie, die Wähler, waren „unanständig“ genug, das zu quittieren. Jetzt will

man uns in Vertreter und Nicht-Vertreter bayerischer Interessen aufteilen. Ich bin sicher, Sie lassen sich auch diesmal nicht für dumm verkaufen.

Gehen Sie wählen, wählen Sie Vertreter bayerischer und gemeinsamer europäischer Interessen, wählen Sie SPD. Und doch auch mal schön, sich dafür einzusetzen, dass eine faszinierende Idee Wirklichkeit wird.

Es lohnt sich.

Aus unserem Wahlprogramm - Aus unserem Wahlprogramm - Aus unserem Wahlprogramm - Aus unserem Wahlprogramm

Wo der Wind her geht

Nein zur grünen Gentechnik.

Ob Genmais oder Genkartoffel - die grüne Gentechnik ist ein unverantwortlicher Irrweg und ist daher abzulehnen. Die Agrarindustrie und Wissenschaftler, häufig im Auftrag dieser Industrie, versuchen schon seit Jahren auch in Europa gentechnisch veränderte Lebensmittel zu produzieren und auf dem Markt durchzusetzen. Die Absicht ist klar, mit gentechnisch verändertem Saatgut werden die Patentinhaber - also internationale Konzerne - auf Dauer mit gewinnbringenden Einnahmequellen versorgt und monopolähnliche Abhängigkeiten geschaffen. Zugleich bedeutet dies aber auch das Ende der herkömmlichen bäuerlichen Landwirtschaft. Die Bauern werden zu Erfüllungsgehilfen der Lebensmittelkonzerne. Außerdem haben gentechnisch veränderte Pflanzen unbekannte und unverantwortliche Auswirkungen auf das gesamte ökologische System. Das schlimmste ist, dass nichts mehr rückgängig gemacht werden kann. Wenn gentechnisch veränderte Organismen ausgesetzt sind, machen sie unaufhaltsam ihren noch unbekanntem Weg mit unbekanntem Auswirkungen, auch auf jeden



Mensch. Die Politik liefert dazu den gesetzlichen Rahmen. In der BRD und ganz besonders in Bayern werden die zuständigen Ministerien seit Jahrzehnten von der CSU geführt. So hat Herr Seehofer während seiner Amtszeit als Bundeslandwirtschaftsminister die grüne Gentechnik befürwortet und genehmigt. Nachdem sich in der Bevölkerung heftiger Widerstand entwickelte und Gegenwind aufkam, änderte Herr Seehofer die Richtung. So ist zwar aktuell der Anbau von Genmais MON 810 im Freiland durch Frau Aigner verboten worden, zugleich gibt es in Bayern aber noch einzelne, von Herrn Seehofer als Landwirtschaftsminister genehmigte Versuchsfelder für andere Genmaissorten. Jetzt fordert er sogar ein Anbauverbot von gentechnisch veränderten Kartoffeln. Dieses Verbot wurde wiederum von der CSU-Bundesagrarinministerin Aigner abgelehnt und zwar

mit den ehemaligen Argumenten ihres Vorgängers. Es drängt sich die Frage auf: Soll jemand die Verantwortung tragen, der seine Meinung je nach Windrichtung ändert? Sorgen wir für den richtigen Wind: Bayern, Europa und weltweit frei von grüner Gentechnik.

Wolfgang Kreissl-Dörfler

Für Bayern ins Europäische Parlament

Wolfgang Kreissl-Dörfler (58) ist der Spitzenkandidat der BayernSPD zur Europawahl.

Positionen:

Europa betrifft jeden von uns sehr konkret. Die Hälfte unserer Gesetze wird in der Europäischen Union beschlossen. Nicht nur in Deutschland, auch in Europa entscheidet sich, wie wir in Zukunft leben und arbeiten. Die Wählerinnen und Wähler stehen bei der Europawahl am 7. Juni vor einer Richtungsentscheidung - wir Sozialdemokraten wollen ein Europa, das für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeitsbedingungen sorgt.



Konkret setze ich mich, gemeinsam mit meinen sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen, dafür ein,

- dass wir europaweit **gegen das Lohn-dumping** vorgehen. Dafür benötigen wir in allen Mitgliedstaaten gesetzliche Mindestlöhne, auch in Deutschland. Außerdem muss gelten, dass Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten.
- dass wir die **betriebliche Mitbestimmung** ausweiten. Wir brauchen europäische Standards für gute Arbeitsbedingungen und keine Konkurrenz um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten sozialen Bedingungen.
- dass die Landwirte **faire Preise für Milch, Weizen und Fleisch** bekommen. Nur so können sie unsere bäuerliche Kulturlandschaft erhalten. Die Bäuerinnen und Bauern müssen eine verlässliche Zukunftsperspektive haben.
- dass die **grüne Gentechnik verboten** wird. Sie erhöht nur die Abhängigkeit der Bauern von multinationalen Konzernen. Das gilt übrigens auch ganz konkret für Bayern - Horst Seehofer muss sofort die Freilandversuche auf den bayerischen Staatsgütern stoppen.
- dass die Kommunen wie bisher die notwendigen Investitionen und Reparaturaufträge an die **heimischen Firmen**, an den Mittelstand vor Ort, vergeben können. Im Lisabon-Vertrag wäre die Daseinsvorsorge, so wie wir sie uns vorstellen und wünschen, vertraglich abgesichert.
- dass die Freiheit nicht der Sicherheit geopfert wird. Die **polizeiliche Zusammenarbeit** in Europa muss gestärkt, der Informationsaustausch verbessert werden. Aber wir brauchen keine Nackt-Scanner und Schnüffler in unseren privaten Fotoalben.

Die Wirtschaftskrise, in der wir uns europaweit befinden, ist auch eine Chance für die Sozialdemokraten. Unregulierte globale Märkte, wie sie unseren politischen Gegnern vorschwebten, sind gescheitert. Wir Sozialdemokraten wissen: Märkte brauchen Regeln, damit sie für das bleibende Wohl der Menschen arbeiten - und zwar nicht einiger weniger, sondern möglichst vieler Menschen. Nur ein soziales Europa ist ein starkes Europa!

Biographische Angaben:

Wolfgang Kreissl-Dörfler, geboren 1950 in Augsburg, Lehre zum Landwirt, dann Abitur. Er leistet seinen Zivildienst in der Unfallklinik Murnau und studiert in München Sozialpädagogik. Nach Abschluss des Studiums arbeitet er als Entwicklungshelfer in Brasilien und Angola. Zurück in Deutschland leitet er diverse Sozialprojekte, so zum Beispiel ein Projekt für jugendliche Arbeitslose. Außerdem arbeitet er mit Asylsuchenden und (als pädagogischer Leiter eines Rehabilitationszentrums) mit Schwerstkörperbehinderten und Atemgelähmten. Seit 1994 ist Wolfgang Kreissl-Dörfler Mitglied des Europäischen Parlaments. Als Europaabgeordneter leitet er unter anderem die Wahlbeobachtungs-Missionen in Osttimor und

Guatemala. In der aktuellen Legislaturperiode arbeitet Wolfgang Kreissl-Dörfler im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Darüber hinaus ist er stellvertretendes Mitglied im Agrarausschuss und Vollmitglied in der Delegation für die Beziehungen zu dem Mercosur (südamerikanisches Staatenbündnis).



Wolfgang Kreissl-Dörfler

europa@kreissl-doeffler.de
www.kreissl-doeffler.de

Europa in Grassau?

Europa ist mitten unter uns.

Von wegen! Man glaubt es kaum: Hier in Grassau leben derzeit 511 Mitbürger aus ganz Europa, das sind rund 8 % der Bevölkerung. Genauer gesagt:

Bosnier	65
Bulgaren	2
Dänen	1
Franzosen	7
Kroaten	162
Slowenen	8
Serben	50
Griechen	5
Iren	5

Italiener	28
Niederländer	3
Kosovaren	4
Österreicher	53
Polen	14
Portugiesen	3
Rumänen	33
Slowaken	6

Schweden	2
Schweizer	10
Russen	13
Türken	17
Tschechen	2
Ungarn	8
Ukrainer	4
Briten	6

Und außerdem noch 87 Bürger aus dem Rest der Welt. Sind Sie EU-Bürger (siehe fett gedruckte Ländernamen) und wollen bei der Europawahl am 7. Juni in Grassau Ihr Wahlrecht ausüben?

Von der Gemeindeverwaltung wurden alle EU-Bürger angeschrieben und auf Ihre Möglichkeit in das Wählerverzeichnis aufgenommen zu werden hingewiesen. Denn nur wer im Grassauer Wählerverzeichnis steht, darf hier auch wählen und muss nicht extra in seine Heimat fahren.

Impressum

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Olaf Gruß
Dr. Dieter Hahn
Walter L. Rackl
Xaver Schreiner

V.i.S.d.P.:

Walter L. Rackl
Wöhrstraße 1
83224 Grassau

Interview mit Raimund Schupfner: Achtal und Europa

Achtal und Europa

Interview mit Raimund Schupfner

LdA: Raimund, Du bist seit der Gründung im Mai 1999 Vorstandsmitglied im Verein Ökomodell Achtal. Was ist der Verein eigentlich?

Schupfner: Das Ökomodell Achtal ist ein öffentlicher Verein, bei dem Jede und Jeder Mitglied werden kann. Hauptträger des Vereins sind mit Ausnahme von Marquartstein alle Gemeinden des Achtals, die ebenfalls Mitglieder sind.



Die Aufgaben des Ökomodells sind:

- „Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft“
- „Sicherung landwirtschaftlicher Betriebe als Wahrer der Kulturlandschaft“
- „Fördern und Entwickeln eines naturverträglichen Tourismus und Gewerbes“
- „Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien aus der Region für die Region“

LdA: Also eine regionale Angelegenheit?

Schupfner: Richtig. Die Aufgaben sind auf die Region Achtal einschließlich einiger Tiroler Gemeinden bezogen. Aber das Ökomodell Achtal ist inzwischen Deutschland- ja, Europaweit bekannt und anerkannt und arbeitet mit vielen regionalen und auch internationalen Organisationen zusammen. Aus der ganzen Welt kommen Besuchergruppen, um sich über die Arbeit des Ökomodells zu informieren.

Das Ökomodell ist vom Freistaat Bayern als auch vom Bund anerkannt und wird in seiner

Arbeit durch entsprechende Förderprogramme unterstützt.

LdA: Mit Europa hat das gar nichts zu tun?

Schupfner: Selbstverständlich! Die EU sieht in der Stärkung der Regionen einen ganz wesentlichen Teil Ihrer Aufgabenstellung. Europapolitik ist für uns Sozialdemokraten auch immer eine Politik der Stärkung der Kommunen!

Das Ökomodell Achtal ist in zahlreiche Europäische Projekte eingebunden und wird durch die EU gefördert. Diese Projekte befassen sich mit Themen grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus (Interreg IIA), Artenschutz und Landschaftspflege (Interreg IIIA) sowie Inwertsetzung von Natur und Landschaft für den Tourismus (Interreg III und IV), um nur einige zu nennen. Aktuellstes Thema ist die Förderung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum, das sog. RES-Integrations-Projekt.

LdA: Und in welchem Umfang werden diese Projekte von der EU unterstützt?

Schupfner: Allein aus der großen Anzahl der aufgezählten Projekte lässt sich erkennen, dass ganz erhebliche Fördermittel von der EU ins Achtal geflossen sind.

Bisher sind so ca. 2 Mio. € Fördermittel für die Projekte ausbezahlt worden, davon der größte Teil aus der EU.

In dieser kurzen Zeit und in diesem Umfang wäre die Verwirklichung der Aufgaben ohne die Förderprogramme der EU kaum denkbar gewesen.

LdA: Wie sieht die Zukunft aus?

Schupfner: Der Schwerpunkt heute und in der Zukunft heißt „Energie“. Ziel ist, bis zum Jahr 2020 „energieautark“ zu werden, d.h. das genau soviel Energie in der Region erzeugt wird, wie in der Region verbraucht wird. Das deckt sich vollständig mit den europapolitischen Zielen des SPD: „Wir wollen ein Europa, das weltweit ein Vorbild ist für saubere Energiegewinnung und umweltverträgliches Wirtschaften“.

Dazu gehört die Einrichtung des Biomassehofs genauso wie der Aufbau der Wärmeversorgung in Grassau. Aber auch die kostenlose Energieberatung für alle Bürger des Achtals, die das Ökomodell anbietet.



Quelle: Mit freundlicher Genehmigung des Ökomodell Achenal e.V.

LdA: Das Ökomodell Achenal ist also ein voller Erfolg?

Schupfner: Ja, das wird auch auf Bundesebene so gesehen. Das Ökomodell Achenal ist vor kurzem unter hunderten von Bewerbern als eine von 25 Bioenergieregionen Deutschlands ausgewählt worden. Diese Auszeichnung ist mit Fördermitteln von bis zu 400.00 € dotiert.

LdA: Raimund, Danke für dieses informative Gespräch.

Raimund Schupfner ist ehemaliger Bürgermeister von Grassau und Vorstandsmitglied im Verein Ökomodell Achenal.

Interview mit Wolfgang Kreissl-Dörfler – Kommunale Daseinsvorsorge - Interview mit Interview mit Wolfgang Kreissl-Dörfler

Kommunale Daseinsvorsorge

Interview mit Wolfgang Kreissl-Dörfler

Wenn Europa weiter zusammenwächst, bleiben dann die Kommunen auf der Strecke? Verlieren sie dann an Einfluss?

W. Kreissl-Dörfler: „Auf keinen Fall! Die Kommunen sind das Herz eines sozialen Europas, das auf Bürgernähe und Solidarität baut. Ein soziales Europa braucht starke Kommunen. Nirgendwo sonst werden Demokratie und gesellschaftliche Solidarität so unmittelbar gelebt wie in den Dörfern und Städten. Die Kommunen sind bei uns verantwortlich für die Betreuung unserer Kinder, für die Schulen, die Seniorenbetreuung, das Gesundheitswesen, für die Wasserversorgung, die Müllentsorgung, den Personennahverkehr und für viele andere wichtige Dienstleistungen. Die Kommunen sind das Fundament für eine soziale Gesellschaft. Wir wollen die Mehrheit von Konservativen und Liberalen in Brüssel endlich ablösen und eine bessere, sozialdemokratische Politik für die Kommunen in Europa durchsetzen.“

Wolfgang Kreissl-Dörfler zum erneuten Umkippen der CSU in Sachen Gen-Food:
Ein Dirndl macht noch keinen Almsommer

Wir stehen für starke und handlungsfähige Städte, Gemeinden und Kreise in einem sozialen Europa, das Arbeitnehmerrechte schützt, Lohn- und Sozialdumping verhindert, öffentliche Dienstleistungen sichert, Klima- und Umweltschutz fördert und Vielfalt respektiert.“

Wie stellen sich die Konservativen die Kommunale Daseinsvorsorge vor?

W. Kreissl-Dörfler: „Die sogenannten Konservativen sind alles andere als konservativ, wenn es um unsere Grundgüter geht: Konservieren heißt bewahren, und genau das tun CDU/CSU und FDP nicht – sie privatisieren lieber. Das einzige, was sie bewahren, sind die Interessen der Konzerne.“

Die „sogenannten“ Konservativen sagen, dass Liberalisierung Qualität und Preise zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessert...

W. Kreissl-Dörfler: „Wir haben ja gesehen, was bei der „Liberalisierung“ der Energieversorgung herausgekommen ist: Die Großkonzerne haben

unser Land in vier Gebiete aufgeteilt, sie bestimmen die Preise. Die Preisvorteile, die man uns versprochen hat, haben die Konzerne eingesackt – Schluss damit! Das Europa, das Konservative und Liberale wollen, ist der falsche Weg. Wettbewerb und Liberalisierung sind kein Selbstzweck und dürfen keinen Vorrang vor gesellschaftlicher Solidarität haben.“

Wie wollen wir die Kommunale Daseinsvorsorge gestalten?

W. Kreissl-Dörfler: „Wir fordern einen wirklichen europäischen Schutz für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, damit die Kommunen weiterhin hochwertige Dienstleistungen für die Menschen anbieten können. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl, nicht der Gewinnmaximierung. Bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt! Wir stehen für die soziale Marktwirtschaft.“

Wie siehst Du die Bedeutung der Sparkassen?

W. Kreissl-Dörfler: „Sparkassen sind in ihrer Region verlässliche Partner für die Menschen und für Unternehmen. Gerade in der Finanzkrise haben sie sich als Pfeiler der Stabilität bewährt. Die Sparkassen dürfen deshalb nicht durch eine überzogene europäische Wettbewerbspolitik in die Privatisierung gezwungen werden. Nur die SPD erhält das Sparkassensystem aufrecht, damit unser Geld sicher ist und der Mittelstand die Kredite bekommt, die er so dringend braucht.“

Wie kann man auf EU-Ebene die kommunale Daseinsvorsorge unterstützen?

W. Kreissl-Dörfler: „Zum einen durch die EU-Förderpolitik. Klaus Wowereit hat es vor kurzem in München zurecht gefordert: Wir müssen mehr EU-Gelder in die Kommunen fließen lassen und damit Arbeitsplätze schaffen, Bildung, Weiterbildung, Forschung, Umweltschutz und eine moderne Infrastruktur finanzieren. Zum anderen durch den neuen Grundlagenvertrag der EU: Der sieht vor, dass das kommunale Selbstverwaltungsrecht

strikt beachtet wird. Die Kommunen müssen selbst bestimmen können, was für sie lebenswichtig ist. Wir wollen deshalb unsere Städte, Gemeinden und Kreise noch stärker ins Blickfeld europäischer Politik rücken. Eine Vielzahl europäischer Regelungen wirkt sich direkt oder indirekt auf das kommunale Handeln in Deutschland aus. Die Europawahl ist deshalb auch für die kommunale Ebene von herausragender Bedeutung.“

Können wir zulegen im Vergleich zur letzten Europawahl?

W. Kreissl-Dörfler: „Unbedingt! Wir liegen schon jetzt in den Umfragen deutlich über dem Ergebnis vom letzten Mal. Natürlich wollen wir nicht die Umfragen gewinnen, sondern die Wahl, aber ich bin sehr zuversichtlich, weil die Menschen merken, dass die Lösungsansätze der Konservativen und Liberalen gescheitert sind; und sie wissen, dass nur die SPD auf breiter

europäischer Front genug Kraft aufbringt, um das Ruder herumzureißen. Nur die SPD hat die Kraft, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen.“

Pflastersteine aus dem Bayerischen Wald - Pflastersteine

Global denken – Lokal handeln

Keine chinesischen Granitsteine

Die Gemeinde Grassau hat sich bei der Sanierung der Bahnhofstraße für Pflastersteine aus dem Bayerischen Wald und nicht für chinesische Granitsteine entschieden, obwohl diese ca. 50.000 € weniger gekostet hätten. Das stärkste Argument gegen Steine aus China war neben anderen Gesichtspunkten der Vorwurf internationaler Menschenrechtsorganisationen, dass die Herstellung dieser Steine auch durch Kinderarbeit erfolgt.



Spitzenkandidat der SPD für die Wahl zum EU-Parlament

Martin Schulz

Spitzenkandidat der SPD für die Wahl zum europäischen Parlament

- am 20.12.1955 geboren im Eschweiler Stadtteil Hehlrath, verheiratet, 2 Kinder
- 1977 bis 1982 Tätigkeit als Buchhändler für diverse Verlage und Buchhandlungen
- 1982 bis 1994 Gründung und Betrieb der eigenen Buchhandlung in Würselen
- 1974 Eintritt in die SPD
- seit 2001 Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Mitglied des Parteipräsidiums
- seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 1999 Europa-Wahlkampfleiter
- 2000 bis 2004 Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament
- 2002 bis 2004 Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament
- seit Juli 2004 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

Auszug aus seiner Rede am 12. Mai 2009 an der Humboldt-Universität in Berlin: Das geeinte Europa ist ein Erfolgsmodell und ein faszinierendes Projekt. Es steht für Frieden, Freiheit und Solidarität. Doch es wird schlecht regiert. 19 von 27 Staats- und Regierungschefs sind konservativ. Mit ihrer Politik haben sie dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren zu oft Wettbewerb und Deregulierung Vorrang vor politischer Gestaltung und sozialer Gerechtigkeit im EU-Binnenmarkt hatten. Mit anderen Worten: Die wirtschaftliche Integration hatte Vorrang vor der sozialen. Das müssen wir ändern! Nach der Wirtschafts- und Währungsunion müssen wir jetzt eine soziale Ordnung für Europa aufbauen, mit fairen Regeln für die Märkte und fortschrittlichen sozialen

Rechten für die Menschen. Für uns Sozialdemokraten ist das selbstverständlich: Wirtschaft und Soziales sind für uns keine Gegensätze, sondern stützen und stärken sich. Unternehmer und Arbeitnehmerschaft müssen sich auf Augenhöhe begegnen. Das gilt national. Und es muss auch für Europa gelten.



Ich bin davon überzeugt: Wenn wir neues Vertrauen der Menschen in das geeinte Europa gewinnen wollen, dann müssen wir Europa und die EU demokratisch, sozial und solidarisch gestalten! Das muss das große Versprechen für die Zukunft sein, das wir den Menschen geben: ein starkes und soziales Europa als Antwort auf die Globalisierung! Das ist unser sozialdemokratisches Leitbild für die Europäische Union von morgen. Es ist ein Leitbild, das die Faszination für das geeinte Europa neu wecken und die Legitimität der EU stärken kann. Das habe ich in meiner Rede deutlich gemacht. Und die Reaktionen auf meine Rede haben mich darin bestärkt, dass dies der richtige Weg für die EU ist.

Starke Kommunen als Bewahrer eines gesunden Lebensraums: Wolfgang Kreissl-Dörfler beim Biomassehof in Grassau

Starke Kommunen

Starke Kommunen als Bewahrer eines gesunden Lebensraums

SPD-EU-Parlamentarier Wolfgang Kreissl-Dörfler beim Biomassehof in Grassau

Europa brauche starke Kommunen, welche selbst bestimmen können, was für ihre Bürger lebenswichtig ist. So sei es wichtig, sich für das Recht aller Menschen auf bestes Trinkwasser und sichere Energieversorgung zu vernünftigen Preisen einzusetzen, so der Europaabgeordnete Wolfgang Kreissl-Dörfler beim Besuch des Biomassehofes in Grassau. Gerade in Zeiten des Klimawandels sei das Projekt in Grassau und auch die in Angriff genommene Fernwärmeversorgung ein Musterbeispiel für ein zielgerichtetes kommunales Engagement im Interesse aller Bürger und unserer Umwelt.

Nutzung erneuerbarer Energien aus der Region für die Region. So sei das Ökomodell in den 10 Jahren in verschiedenen Europäischen Projekten eingebunden gewesen und finanziell gefördert worden. Am Anfang standen die vier verschiedenen Interreg Programme, seit 2003 die durch den Europäischen Sozialfonds geförderte Gebietsbetreuung und ganz besonders von 2004-2007 RES-Integration, ein Modellprojekt zur Förderung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum. Gerade dies Projekt, welches in nur insgesamt 4 Regionen in ganz Europa durchgeführt wurde, förderte beispielhaft den internationalen Dialog und Wissensaustausch.



Aus den Ergebnissen der RES-Integration entwickelte das Achtental die Zielsetzung einer 100%-igen Energieversorgung aus der Region für die Region durch Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen, ergänzte Bürgermeister Rudi Jantke. Dieses ehrgeizige Ziel solle bis 2020 erreicht sein. Damit würden, 40 Millionen Euro, welche im Tal

In seiner Begrüßung betonte Grassaus Bürgermeister Rudi Jantke, dass diese Maßnahme auch in enger Zusammenarbeit mit der EU in Angriff genommen werden konnte. Auf den Tag genau vor 10 Jahren wurde als erster Schritt von den Gemeinden des Achantals das Ökomodell Achtental gegründet, erläuterte anschließend Wolfgang Wimmer. Das Projekt stehe heute auf vier Beinen, dem Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft, der Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe als Wahrer der Kulturlandschaft, dem Fördern und Entwickeln eines naturverträglichen Tourismus und Gewerbes und besonders auch der verstärkten

jährlich für Energie aufgewendet werden, auch im Tal verbleiben. Diese sinnvolle Energieerzeugung könnte aber auch ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Betrieben im Achtental sein, wie das Beispiel Güssing in Österreich schon gezeigt habe.

SPD-Bundestagsabgeordnete Bärbel Kofler betonte, dass sich hierin ein wirklich vorbildhaftes Verhalten einer Region für eine saubere Energiegewinnung und umweltverträgliches Wirtschaften zeige. Es dokumentiere aber auch, wie wichtig eine Förderung solcher Projekte durch die Europäische Union auch in der Zukunft sei.

Für oder wider EU-Normen - Für oder wider EU-Normen

Gurkenkrümmung

Europäischer Vereinheitlichungswahn

Übrigens die EU-Verordnung, dass die Gurken eine genormte Krümmung haben müssen, wurde abgeschafft und ist ab kommenden Juni nicht mehr gültig. Wie konnte es zu einem - Verbrauchersicht - einmaligem Schwachsinn kommen. Die etwas schwache Begründung der Politiker lautet: die Lebensmittelindustrie hat das ja so haben wollen; bei nicht-gekrümmten oder nicht allzu sehr gekrümmten Gurken kann man mehr Gurken in der Einheitsverpackung unterbringen. Die Verordnung hätte aber trotzdem nicht passieren dürfen: am Ende kommt es doch auf den Wunsch und Willen der Verbraucher an - selbst die Holländer liefern jetzt schon Tomaten, die nicht nur nach Wasser schmecken.

Ist jetzt eine Vereinheitlichung oder Europäisierung sinnvoll oder nicht? Zwei Beispiele: die EU schafft die herkömmliche Glühbirne ab und schreibt dem Verbraucher die Sparlampe bindend vor. Toll - da spart sich ja jeder Geld. Wenn es da nicht Sparlampen gäbe, die mehr



Strom verbrauchen als die alte Glühbirne. Hätten die in der EU nicht der Industrie vorschreiben können, dass eine Sparlampe immer sparsamer sein muss als eine herkömmliche Glühbirne? Wenn die Sparlampe aber billiger ist, warum muss man dann dem Verbraucher bindend vorschreiben, dass er sie verwendet; wenn er sparen kann, tut er das doch sowieso und freiwillig.



Das zweite Beispiel: zu Hause liegen mindestens sechs Ladegeräte rum: fürs Handy, fürs Festnetztelefon, fürs GPS, für den Fotoapparat, für den Laptop und für diverse aufladbare Batterien. Eines ist schon mal positiv: man kann alle sechs Ladegeräte mit in den Urlaub nehmen und dank Europeanorm z. B. auch in Spanien alle an die Steckdose anschließen (und in England wird es dann irgendwann auch mal ohne Steckdosenaufsatz möglich sein). Aber wäre es nicht eine tolle neue Europeanorm, wenn man für alle sechs Elektrogeräte ein einheitliches Ladegerät verwenden könnte - und nach Spanien nur ein einziges Ladegerät mitnehmen müsste. Und wenn es ein einheitliches Ladegerät gäbe, dann bräuchte man gar keins nach Spanien mitnehmen; denn dann hätten die das Gerät ja auch dort irgendwo rumliegen.

Mit Verwunderung kann man feststellen, dass einige Ladegeräte sich auch dann aufwärmen, wenn kein Gerät zum Aufladen angeschlossen ist. Übrigens, warum muss sich ein Ladegerät überhaupt aufwärmen? Man will doch seine Batterien aufladen und nicht sein Zimmer durch den Ladevorgang heizen. Kollegen mit mehr technischem Verständnis erklären uns: das ist einfach so bei billigen asiatischen Geräten. Also da wäre doch mal eine EU-Norm gefragt, die vorschreibt, dass der Stromverbrauch minimiert wird, der nicht unmittelbar in Batterieladefähigkeit umgesetzt wird.

EU-Normen ja, aber solche, die dem Verbraucher nutzen. Also Fachleute nach Straßburg und Brüssel, die uns vor dem Humbug von Gurken- und Bananenkrümmungs-Vorschriften verschonen. Die SPD steht für mehr Verbraucherorientierung in der EU.

Wir - die SPD - wollen vernünftige Lösungen.

Dies wäre ein effektiver Beitrag zum Bürokratieabbau, deutlich wirksamer und kostengünstiger als der Einsatz ehemaliger bayerischer Ministerpräsidenten.

**Nichts gelernt aus der Krise:
Union will mit Merz noch mehr
Kapitalismus wagen**

Kommentar - Kommentar - Kommentar - Kommentar

Change: Yes we can

Veränderung ist möglich!

Kommentar

Wir leben im Moment in einer Zeit, in der die Dinge auf dem Kopf zu stehen scheinen. Die Konservativen schreien nach dem Staat, der die angeschlagenen Wirtschaftsunternehmen retten soll, bis hin zur Übernahme. Die Banken schlucken Milliarden - Beträge, die früher nur im Gesamthaushalt der Republik vorkamen, und auch dort nicht soo üppig - und verweigern gleichzeitig mittelständischen Firmen Kredite, was diese in die Pleite und deren Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit treibt. Und die bayerische Landesregierung verspricht größte Offenheit bei der Aufklärung der Affäre BayernLB!

Warum sage ich, dass die Dinge auf dem Kopf zu stehen scheinen?

Weil der Ruf nach Übernahme maroder, durch fehlgeschlagene Spekulationen in Schiefelage geratener Firmen, nichts Anderes ist, als die Forderung nach Sozialisierung der Verluste. Etwas, was den Wasserträgern der Kapitalisten schon immer gut gefallen hat. Hier wird Druck auf die Politik ausgeübt, mit der Drohung eines Zusammenbruchs von Teilen der Wirtschaft und der Folge der Massenarbeitslosigkeit.

Und vor dem Hintergrund dieser Befürchtung ist auch zu verstehen, weshalb wir riesige Geldbeträge in ins Wanken geratene Finanzinstitute stecken. Aber wir versäumen gleichzeitig, in ausreichendem Maße die richtigen Bedingungen zu stellen. Nämlich, dass das investierte Geld als Kreditrahmen unseren Unternehmen, oder genauer unseren Arbeitsplätzen zu Gute kommt. Da sind sie nämlich schon wieder, die Gralshüter der freien Wirtschaft, und sagen: nur nicht zu viel regulieren! Es könnten ja Gewinne möglich sein, mit dem zugeschobenen Geld, und Gewinne, Bitte, das ist doch etwas Privates, die las-

Finanzhaie würden FDP wählen

Wählen Sie richtig:

Wählen Sie **SPD**

Heiße Luft würde DIE LINKE wählen

Wählen Sie richtig:

Wählen Sie **SPD**

sen wir uns doch nicht durch Bedingungen schmälern.

Und die BayernLB? Nun, Offenheit versprechen und gleichzeitig die Berichte der Unabhängigen Gutachter über das Entstehen des Desasters unter Verschluss zu halten, Offenheit versprechen und meinen: "wir sagen Euch ganz offen, es ist Alles in bester Ordnung", das ist nichts Neues, das ist der Stil, der seit Jahrzehnten von der CSU-Regierung gepflegt wird.

Ist es trotzdem richtig, das Konjunkturprogramm?

Ja - weil wirklich eine Notlage entstanden ist, die es zu meistern gilt, wollen wir nicht morgen alle ohne Broterwerb sein.

Wir müssen aber Randbedingungen schaffen, die die Wirksamkeit der Maßnahmen erhöhen, die dafür

sorgen, dass der entstandene Schaden später einmal aus den wieder kommenden Gewinnen bezahlt wird, und nicht von den Bürgern. Daran



arbeitet die SPD. Soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen geht, sprich, soweit dies in der großen Koalition geht. Besser wär's schon, die Bedingungen zu verbessern. Immerhin geht überhaupt etwas, weil zurzeit nur die große Koalition handlungsfähig ist, weil sie über ausreichende Mehrheiten verfügt.

Trotzdem sollten wir versuchen, Verhältnisse herzustellen, die politische Handlungsfähigkeit geben ohne die Kompromisse von Schwarz-Rot,

sondern die soziales, starkes, an den Interessen aller Bürger orientiertes Handeln, mit einem Wort: sozialdemokratisches Handeln ermöglichen. Die Gelegenheit dazu ist da. Am 7. Juni bei der Europawahl, wo es gilt, Europa sozialer und demokratischer zu machen, und bei der Bundestagswahl am 27. September!

Noch ein Wort zu den Aufrufen der CSU, zuzupacken! Wenn auf einer Aschermittwochsveranstaltung Vertreter der CSU rufen "Yes, we can!", dann ist das Wortmissbrauch.

Denn der ganze Aufruf des amerikanischen Präsidenten Barak Obama, mit dem er seinen Wahlkampf angeführt hat, beginnt mit dem Aufruf: "Change!", also der Aufforderung, die Verhältnisse zu ändern. Und davon ist bei der CSU nichts zu merken, wenn in der gleichen Veranstaltung die Wiedereinführung der Kernenergie gefordert wird. Davon ist in der Landespolitik nichts zu spüren, wenn Offenheit versprochen, aber Vertuschung gelebt wird. Davon ist nichts zu spüren, wenn der Protest der Eltern, dass die Kinder im bayerischen Schulsystem zu früh in gute und schlechte separiert werden, mit einem Haufen Bürokratismus beantwortet wird.

"Change", die Veränderung, die Verbesserung leben wir in unserer Gemeinde, wenn wir Energie-Unabhängigkeit mit Einsatz regenerativer,

heimischer Energieträger anstreben, wenn wir um unsere lokalen Schulen kämpfen, wenn wir versuchen, ortsnahe Arbeitsplätze zu erhalten.

Das soll auch so bleiben. Bitte helfen Sie uns dabei. Kommen Sie zu uns, reden Sie mit uns, machen Sie mit. Sich bei uns, beim SPD-Ortsverein Grassau zu engagieren, heißt einfach nur, mitzuwirken an der Gestaltung unseres täglichen Zusammenlebens. Mitzubauen am Zukunftsschloss, in dem unsere

Kinder wohnen werden. Politik ist immer und überall. Und je mehr mitmachen, desto besser und gerechter sind die Interessen Aller vertreten.

Vielleicht möchte sich der Eine oder Andere von Ihnen bei uns engagieren. Es hat bisher nur an der Zeit gefehlt, oder an Informationen über uns. Wir laden Sie ein, sich über den SPD-Ortsverein und seine Arbeit zu informieren. Wenn Sie unsere Arbeit überzeugt, werden Sie SPD-Mitglied, gestalten Sie unsere Politik mit. Und je mehr von Ihnen bei uns mitmachen, um so besser können wir die Politik umsetzen, für die Sie uns Ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

Dr. Dieter Hahn,

Ortsvorsitzender der Grassauer SPD

Dumpinglöhne würden CDU wählen

Wählen Sie richtig:

Wählen Sie SPD

Jugendfahrt in den Landtag nach München - Jugendfahrt in den Landtag nach München - Jugendfahrt in den Landtag

Fahrt in den Landtag

Jugendfahrt in den Landtag nach München



Willst Du mal sehen, wo unser Ministerpräsident arbeitet? Weißt Du, wo unsere bayerischen Gesetze gemacht werden? Interessiert Dich der Tagesablauf eines Landtagsabgeordneten?

Wenn Du zwischen 14 und 18 Jahre alt bist, dann fahr doch mit uns mit!

Die Landtagsabgeordnete Maria Noichl führt uns durch den Landtag im Maximilianeum in München und beantwortet unsere Fragen.

Es gibt auch eine kleine Brotzeit und übrigens: **Dieser Tag ist für alle Teilnehmer schulfrei!**

Wir treffen uns am Freitag, den 10. Juli, um 7.45 Uhr am Grassauer Rathaus. Rückkehr ist um ca. 14.30 Uhr.

5 € für Brotzeit und Fahrt werden im Bus eingesammelt. Veranstalter ist der SPD Ortsverein Grassau. Bitte melde dich verbindlich per eMail an unter c-t.lindlacher@t-online.de mit der Angabe Deines Namens, der Adresse, Schule und Klasse (wegen der Schulfreistellung).

Wenn Du noch Fragen hast, kannst Du gerne Susi Speckbacher, Tel. 08641/2567 oder Christiane Lindlacher, Tel. 08641/5568 anrufen.

Aus unserem Wahlprogramm – Aus unserem Wahlprogramm

Wissen. Macht. Reich. Bildung im Vergleich

Unbestritten ist, dass gute Bildung Basis ist, für den Wohlstand in Deutschland. Aber "Bildung ist auch Menschenrecht", betonte der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering Anfang April auf einer Veranstaltung in Trier.

Wir, die SPD in Bayern, kämpfen seit langem gegen die Aufteilung unserer Kinder nach der 4. Klasse in gute und schlechte, in aussichtsreiche und aussichtslose, in reich, weniger reich und arm an. Bisher vergeblich. Bisher gibt es nur mehr Bürokratie und keine Chance auf eine Entwicklung unserer Kinder ohne dass unsinnig früh selektiert, ohne dass viele frühzeitig ausgegrenzt werden. Ausgrenzung im Bildungssystem ist unsozial und volkswirtschaftlich schädlich.



Wie ist es in anderen Ländern Europas? Nehmen wir zwei Beispiele:

- In Finnland gehen alle Kinder in den ersten neun Jahren in eine gemeinsame Schule. Wenn man zu früh trennt, wirft man zu viele Begabungen weg oder beachtet sie nicht, sagen die Finnen.

Finnland liegt in internationalen Bildungsstudien regelmäßig an der Spitze.

- In unserer Partnergemeinde Tschermers, also in Südtirol, bleiben die Kinder die ersten acht Jahre zusammen.

Tschermser Kinder sind nicht dümmer als unsere. Aber reicher? Zumindest an Chancen, sich zu entwickeln. So, wie die PISA-Spitzenreiter aus Finnland.

Stehen Sie zusammen mit der SPD für eine längere gemeinsame Schulzeit unserer Kinder ein. Für kleinere Klassen. Für individuelle Förderung. Für die Beachtung aller Begabungen. Es darf wirklich kein Kind auf der Strecke bleiben. Wählen Sie faire Chancen für alle europäischen Schulkinder!

Wissen. Macht. Reich.

Aus unserem Wahlprogramm – Aus unserem Wahlprogramm

Konjunkturpaket II. Ver-Teilung statt Impuls

Vor kurzem ist das von der Bundesregierung aufgelegte sog. Konjunkturpaket II verteilt worden. Nach Bayern fließen insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Es kommt allerdings nicht überall etwas an. Genauer gesagt, kommt meist nichts an. Während in fast allen anderen Flächenländern die Mittel pauschal, nach der Einwohner-

zahl, verteilt werden, wurde in Bayern in einem aufwändigen bürokratischen Verfahren, bei dem die Kommunen Mittel individuell beantragen mussten, das Geld von den Bezirksregierungen verteilt. Das, was übrig blieb, nach dem Freistaat 30% dem Mittel einbehalten und für staatliche Maß-

nahmen verplant hat, zum Beispiel für den Hochschulbau, wovon hauptsächlich die städtischen Zentren profitieren.

Bei dieser Art der Verteilung hat es viele lange Gesichter gegeben, denn es konnte nur ein Bruchteil der beantragten Mittel bewilligt werden. »Das Konjunkturpaket sei schon eine sinnvolle Sache«, so sagte der CSU Bürgermeister Gerhard Wunder aus Steinwiesen in Oberfranken. »Das Problem sei die mangelhafte Verteilung der Gelder, dass nur wenige davon profitieren würden. Und letztendlich sei es doch so: Wer Schulden gemacht habe und besonders schlecht dastehe, werde jetzt dafür belohnt.«

In Grassau haben wir in den letzten, „guten“ Jahren trotz wichtiger Investitionen, Schulden abgebaut. Grassau erhält aus dem Konjunkturpaket II: Nichts.

Aus unserem Wahlprogramm – Aus unserem Wahlprogramm

Jugend zur Wahl Mitentscheiden und mitreden

- Besonders für junge Menschen ist der Gang zur Wahlurne wichtig!
- Durch Deine Wahl kannst Du mitentscheiden, was in Deinem Land passiert.
- Selbst etwas einbringen!
- Es geht um Deine Zukunft!
- Jugend muss wählen, sich engagieren, weil sie die Folgen heutigen Handelns in den kommenden Jahren tragen muss

Wahlmodus

Informationen zur Europawahl

Die Direktwahlen zum Europaparlament finden zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (nach Mitgliedstaaten getrennt) statt. In Deutschland am 7. Juni von 8 bis 18 Uhr. Ergebnisse werden in allen Ländern am Sonntag 7. Juni ab 22 Uhr bekannt gegeben. Jede Partei oder Liste erhält so viele Mandate, wie

es ihrem Stimmenanteil entspricht (Verhältnisswahlrecht).

Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union hat eine feste Anzahl von Sitzen. Deutschland stellt 99 von insgesamt 736 Abgeordneten. Nach Ratifizierung des Vertrages von Lissabon wird sich diese Anzahl geringfügig verändern. In der laufenden Legislaturperiode waren vertreten CDU (40), CSU (9), SPD (23), FDP (7), Grüne (13) und die Linken (7).

Jeder Mitgliedstaat hat eigene nationale Wahllisten. Aktives und passives Wahlrecht können im Herkunftsland aber auch im Land des Wohnsitzes ausgeübt werden. In Deutschland verfügt jeder Wähler über genau eine Stimme, mit der er einen Listenvorschlag einer Partei oder einer politischen Vereinigung wählen kann. Die Stimmzettel sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich (in Bayern z.B. mit CSU, sonst CDU). Die SPD tritt mit einer bundesweit einheitlichen Liste an, auf der alle 40 SPD-Kandidaten für Deutschland aufgeführt werden.

Alle Bürger sind wahlberechtigt, die am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sind. Achtung: Wahlbenachrichtigung und gültigen Personalausweis / Pass zur Wahl mitbringen. Briefwahlunterlagen können bei der Gemeinde beantragt werden.

Wählen Sie richtig – Wählen Sie richtig –

Stimmzettel
für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments
am 7. Juni 2009
im Freistaat Bayern

Sie haben **1** Stimme


hier
ankreuzen

1	CSU Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. - Liste für den Freistaat Bayern - 1. Markus Ferber, MdEP/Dipl.-Ingenieur (Univ.), Döblingen 2. Dr. Angelika Niebler, MdEP/Rechtsanwältin, Vatersteden 3. Dr. Anja Weisgerber, MdEP/Rechtsanwältin, Schwelheim 4. Manfred Weber, MdEP/Dipl.-Ingenieur (FH), Wildenberg 5. Albert Dell, MdEP/Landwirt, Bergau 6. Monika Holtmeier, Hotelka./Fras./Bad Soden 7. Bernd Füssel, MdEP/Redakteur, München 8. Martin Kallier, MdEP/Schweizer 9. Dr. Gabriele Hauener, MdEP/Ministerialdirigentin a.D., Eurasburg 10. Prof. Dr. Gerhard Wackler, Ltd. Akad. Direktor, Passau	<input type="radio"/>
2	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Martin Schulz, Buchhalter, Wuppertal (NW) 2. Evelyn Geithart, MdEP/Garsetzerin, Heiligen (BRN) 3. Bernhard Rapkay, MdEP/Politik, Lörzfeld (NW) 4. Jürgen Trittgen, MdEP/Wirt./Wirtsch. und Finanzwirtin, Lutzerath (NW) 5. Wolfgang Kubjatz, MdEP/Landwirt, München (BY) 6. Bernd Lange, Abteilungsleiter, Burgdorf (NI) 7. Jutta Stierack, MdL/DGB-Regionvorsitzende, Ludwigshafen am Rhein (RP) 8. Udo Bullmann, MdEP/Politikwissenschaftler, Gießen (HE) 9. Dagmar Reichenbach (Reh-Bebrand), MdEP/Juristin, Potsdam (BB) 10. Jens Geier, Angestellter, Essen (NW)	<input checked="" type="radio"/>
3	GRÜNE BÜNDNIS/DIE GRÜNEN - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Rebecca Harms, MdEP/Waldovler (NI) 2. Reinhard Häfner, Friseur, Berlin (BE) 3. Heidemariejeose Wißbe, MdEP/Stuttgart (BW) 4. Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler, Dörverden (NI) 5. Barbara Elisabeth Lechtichler, Politologin/Socialpädagogin, Berlin (BE) 6. Michael Cramer, MdEP/Berlin (BE) 7. Franziska Mota Keller, Studentin, Guben (BB) 8. Werner Gustav Schulz, Dipl.-Ingenieur, Berlin (BE) 9. Dr. Heiga Tiddge, MdEP/Bremen (HB) 10. Martin Häfner, Biochemiker, Bad Zwesten (HE)	<input type="radio"/>

Rätsel – R

Rätsel

Auf den Bildern sehen Sie historische Häuser aus den Orten der Gemeinde Grassau: je eines aus Rottau, Grassau und Mietenkam.

Um welche Häuser handelt es sich? Mindestens eine richtige Lösung!



Bild von 1905 in Rottau



Bild von 1918 in Mietenkam



Bild von 1934 in Grassau

Ralf Mattes in Marquartstein - Ralf

Einladung

Europa: stark und sozial

Zusammen mit den SPD-Ortsvereinen Übersee und Grabenstätt laden wir alle Bürger ein zu einem Informationsabend am Freitag, dem

29. Mai 2009 um 19³⁰ Uhr
im Gasthof **Prinzregent** in Marquartstein

Ralf Mattes,

Mitglied des Bundesparteirats spricht zum Thema

„Europa: stark und sozial“

Eröffnung und Begrüßung Dr. Bärbel Kofler, MdB.

Das Thema geht uns alle an. Laden Sie deshalb bitte Nachbarn, Freunde und Bekannte ein, es sollten möglichst viele Interessierte teilnehmen.

www.spd-grassau.de - www.spd-grassau.de - www.spd-grassau.de - www.spd-grassau.de